

„Weniger Westen“, mehr Rüstung?

Zur diesjährigen Münchner Sicherheitskonferenz

Von Alexander Neu

Die diesjährige Münchner Sicherheitskonferenz (MSC) stand unter dem Motto „*Westlessness*“, was so viel bedeuten soll wie „weniger Westen“. Auf der wenige Tage zuvor in Berlin stattfindenden „MSC-Kick-Off“-Veranstaltung, einer Vorveranstaltung, wurde der Begriff vom Leiter der MSC, Wolfgang Ischinger, vorgestellt und erläutert. Weniger Westen, das ist die Sorge, die die politischen Eliten in Deutschland und im „Westen“ umtreibe. Die seit Jahrhunderten bestehende Hegemonie des „Westens“ stehe zur Disposition. Diese Sorge basiert auf drei realen Entwicklungstendenzen:

1. Der Aufstieg neuer Mächte wie China und Rückkehr alter, besiegt geglaubter Mächte wie Russland, die das Ende der unipolaren Weltordnung, der Pax Americana der 1990er-Jahre, besiegelten.
2. Die Desintegration des „Westens“ in mindestens zwei Sphären: die USA einerseits und Europa andererseits, wobei auch die Integration der EU als nicht dauerhaft gesichert betrachtet werden kann.
3. Die zunehmende Ablehnung, zumindest aber nicht immer Zustimmung europäischer Gesellschaften zur transatlantischen Orientierung ihrer politischen Eliten, bis hin zur offenen Ablehnung der USA, wie auch der MSC-Security Report 2020 anhand von Meinungsumfragen in Europa feststellt.

Bei aller berechtigten Kritik ist die MSC immer ein Seismograf für die aktuellen Schwingungen in der internationalen Politik. Bereits vor zwei Jahren wurde mit geradezu alarmistischer Stimmung auf die Äußerungen des US-Präsidenten Trump reagiert, als er nach dem Sinn der NATO fragte. Der „Werte-Westen“ sei durch Trump infrage gestellt, so die Sorge der leidgeprüften Transatlantiker. Die Rede des US-Vizepräsidenten Mike Pence im Jahre 2019 verminderte diese Sorgen nicht. Er bekannte sich dazu, aber formulierte auch gleich die Bedingung: Unterordnung unter die USA – Stichworte waren finanzielle Lastenteilung (Ziel: 2 Prozent des BiP für Militärausgaben), Nord Stream 2 und das kurz zuvor von den USA aufgekündigte Atomabkommen mit dem Iran.

Pompeo und Esper als Propagandisten des Westens

Der diesjährige Auftritt von US-Außenminister Mike Pompeo und US-Verteidigungsminister Mark Esper waren im Ton und in der Sache nur graduell weniger polarisierend. Beide versuchten die „Sorgen“ der europäischen Transatlantiker zu widerlegen. Die globale Dominanz des Westens sei ungebrochen. Die Welt schaue auf den Westen, der habe seine Vorbildfunktion nicht verloren. Aber natürlich gebe es neue Akteure, die den Westen und seine Werte herausforderten, insbesondere Russland, neuerdings auch China. Tatsächlich ist China seit Sommer 2019 verstärkt im Fokus westlicher Hegemonialpolitik. Im Abschlusskommunique des Londoner NATO-Gipfels von Dezember 2019 wird China erstmals auf Druck der USA als „Herausforderer des Westens“ genannt. Esper sprach fast nur über China.

Der chinesische Außenminister Wang Yi reagierte, gemessen an der sonst üblichen chinesischen Kultur der Zurückhaltung, sehr hart auf die US-Angriffe. Er bezeichnete die Äußerungen Pompeos und Espers als „Lügen“ und „Schmierenkommödie“. Wang Yi beschwor seinerseits den Multilateralismus und das Völkerrecht als Referenzpunkte chinesischer Außen- und Sicherheitspolitik. Eine Abschottungs- und Ausschließungspolitik, wie von den USA behauptet, gäbe es nicht.

Der Star von München

Der schon vorab gefeierte Star der MSC war der französische Staatspräsident Emmanuel Macron. Tatsächlich lieferte er einen anderen, einen analytisch beachtenswerten und weitgehend propagandafreien Beitrag. Das war ein wohltuender Unterschied zu den beiden US-Rednern: „Dabei bin ich nicht prorussisch, sondern proeuropäisch“, war eine zentrale Aussage. Abgesehen von dem imperialen Versprecher, dass er vermutlich die EU meint, da bekanntlich auch Russland ein europäischer Staat ist, zeigte er den Willen eines Neustarts mit Russland. Macrons Ansatz ist ein strategischer für die Zukunft des europäischen Kontinents unter Einschluss Russlands und seiner Potenziale. Natürlich forderte auch Macron eine Großmachtrolle für die EU und selbstverständlich bildet die verstärkte Militarisierung der EU auch für ihn dafür die Voraussetzung. Zugleich versuchte Macron die Transatlantiker dies- und jenseits des Atlantiks zu beruhigen, indem er einen starken europäischen NATO-Pfeiler hervorhob. Es

gehe ihm nicht um die Unabhängigkeit der EU von der NATO (also von den USA). Aber wenn man zwischen den Zeilen liest, muss man genau das erkennen. Inwieweit Macrons Ansatz bei den politischen Eliten in Europa Früchte tragen wird, ist derzeit nicht absehbar, sind doch die europäischen Transatlantiker trotz eines US-Präsidenten Trump bislang unbeeindruckt auf Kurs.

Missgelaunter Lawrow

Und auch um die Laune des russischen Außenministers Sergei Lawrow war es nicht zum Besten bestellt. Man bekam den Eindruck, er handelte seinen jährlichen Auftritt bei der MSC als mittlerweile lästigen Routinetermin ab, da das MSC-Forum bislang nicht dazu beigetragen hat, auch die russischen Sicherheitsinteressen den westlichen „Partnern“ als legitime Interessen vermitteln zu können. Lawrow sprach sehr schnell, wiederholte altbekannte Positionen und war angesichts der zu diesem Zeitpunkt festgefahrenen Situation in der syrischen Region Idlib wenig auskunftsfreudig. Auch das bilaterale Gespräch zwischen Lawrow und seinem türkischen Amtskollegen auf der MSC hat offenkundig keine Annäherung in der Idlib-Frage hervorgebracht. Russland hat sich in Syrien vor dem Hintergrund der Kooperation mit der Türkei in ein Dilemma hineinmanövriert: Einerseits positioniert es sich als Schutzmacht Syriens und will als Garant der syrischen Souveränität und territorialen Integrität wahrgenommen werden. Andererseits beobachtet Moskau das abtrünnige Verhalten Erdogans gegenüber der NATO wohlwollend. Zudem gewinnen wirtschaftliche Projekte – sowohl Rüstungsgeschäfte wie auch Gasexportgeschäfte mit der Türkei – an Bedeutung. Das Erdogan-Regime überfällt und okkupiert seit 2018 syrische Regionen, unterstützt militärisch und materiell die dort agierenden islamistischen Terroristen und stellt damit die territoriale Integrität und Souveränität der Republik Syrien infrage. Wie nun Moskau die militärische Festsetzung der Türkei in Syrien mit seinem Anspruch, die syrische Souveränität zu wahren, jenseits von Worthülsen kontern will, konnte Lawrow nicht beantworten. Das Erdogan-Regime spielt derweil geschickt Moskau und Washington gegeneinander aus, da auch der Westen aus geostrategischen Gründen die Türkei nicht verlieren will und sich daher über die türkischen Aggressionen in Syrien ausschweigt – mithin

sogar von dezemtem Wohlwollen begleitet, wenn es gegen die syrische Regierung geht. Im Prinzip befindet sich auch der Westen hinsichtlich der politisch volatilen Türkei in einem Dilemma, wenn auch weniger im Vergleich zu Russland. Auf meinen Hinweis, seine Äußerungen seien dazu wenig befriedigend, reagierte Lawrow wenig diplomatisch, zumal er annahm, ich sei ein deutscher Journalist, was wiederum eine gewisse Heiterkeit auslöste. Mit deutschen Journalisten hat die russische Regierung tatsächlich ihre negativen Erfahrungen.

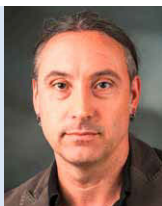
Bedauerlicherweise war die Konferenzhalle bei den Reden der beiden Außenminister Chinas und Russlands weniger als halbvoll im Gegensatz zu den beiden US-Ministern. Dieser Aspekt zeigt, dass einerseits die auf der MSC anwesenden Akteure immer noch nicht begriffen haben, dass Russland und China Gestaltungsmächte sind und sie daher gehört werden sollten. Und andererseits, dass die transatlantische Familie es am liebsten trotz aller internen Friktionen vorzieht, unter sich zu bleiben.

Steinmeiers Rede als Kontrapunkt?

Die Rede des Bundespräsidenten wurde als Kontrapunkt zur US-Position von einigen Medien gelobt. Jedoch war sie voller Widersprüche und Halbwahrheiten: Er warnte vor einem neuen Wettrüsten und forderte zugleich, auch Deutschland müsse das 2-Prozent-Ziel an Militärausgaben erfüllen. Steinmeier kritisierte den Egoismus der Großmächte, auch der USA, und den damit verbundenen destruktiven Charakter für die bestehende Weltordnung. Zugleich forderte er eine militärisch starke EU – was bedeutet, dass die EU zu den anderen Großmächten aufschließen müsse. Dass die EU dabei völkerrechtstreuer sei als Russland und China, unterstellte er, indem er diese wegen Völkerrechtsbrüchen kritisiert bzw. ihnen nur eine selektive Beachtung des Völkerrechts vorwirft und Russland die Verschiebung von Grenzen (gemeint ist die Krim) anlastete. Aber nutzen die EU, die NATO und die USA nicht auch das Völkerrecht nur instrumentell? Die Grenzen in Europa wurden zuerst durch die deutsche und später westliche Anerkennungspolitik der sezeptionswilligen jugoslawischen Teilrepubliken Slowenien, Kroatien und Bosnien, später auch der serbischen Provinz Kosovo verändert. Bis heute respektieren die westlichen Staaten, darunter auch Deutschland, nicht die Souveränität Syriens, Iraks, Serbiens oder Venezuelas.

Kritische Fragen unerwünscht

Dass diese Widersprüche in Steinmeiers Rede weder bei den MSC-Teilnehmern noch bei den Medien benannt wurden, zeigt, wie in Deutschland das außen- und sicherheitspolitische Narrativ der bürgerlichen politischen Klasse dominiert. Kritische Fragen sind kaum möglich, da Wortmeldungen zumeist von den Fragestellern schriftlich eingereicht werden müssen und der Moderator diese aussucht. Dabei kommen fast nur transatlantische Apologeten zu Wort. Zu dem Vortrag der Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer ist nichts Ernsthaftes zu sagen. Ihre Vorstöße verpufften bei den Partnern und wohl auch in der Koalition. Sie war von Beginn nicht zuletzt aufgrund ihrer fehlenden Fachkompetenz ein politisches Leichtgewicht, ähnlich wie ihr fachfremder und ungeschickt agierender Kabinettskollege, der Außenministerdarsteller Heiko Maas. 🌐



Dr. Alexander Neu

geb. 1969, seit 2013 Mitglied des Deutschen Bundestages für die Fraktion DIE LINKE, Obmann im Verteidigungsausschuss und Osteuropabeauftragter seiner Fraktion

alexander.neu.mdb@bundestag.de

ANZEIGE



WeltTrends 153, Juli 2019

Brennpunkt Iran

Vor 40 Jahren wurde das Regime von Schah Mohammad Reza Pahlavi, engster Verbündeter der USA im Nahen und Mittleren Osten, gestürzt. Die Weltmacht hat das bis heute nicht verwunden. Mit dem 2015 zum iranischen Nuklearprogramm geschlossenen Gemeinsamen Umfassenden Aktionsplan (JCPOA) schien sich eine Entspannung anzubahnen. Das änderte sich mit Präsident Trump. Welches Kalkül steckt dahinter? Werden andere Länder dem US-Kurs folgen? Welche innen- und außenpolitischen Schlüsse zieht die iranische Führung? Und wie ist es um die russisch-iranische Kooperation in der Region bestellt?

WeltTrends, Potsdam 2019 | ISBN 978-3-947802-07-4 | 4,80 Euro